

# Was verdient Berlin?

Berlin ist traditionell eine egalitäre Stadt. Doch auch hier driften die Gehälter immer weiter auseinander: Von der geschassten RBB-Chefin, die mehr als 300 000 Euro im Jahr bekam, bis zur Bäckereiverkäuferin, die mit 23 000 Euro brutto auskommen muss. In Zeiten der Inflation wird das kaum noch reichen. Umso dringlicher stellt sich die Frage: Was ist ein angemessenes Einkommen?

VON BARBARA NOLTE

Die schiere Summe ihres Gehalts hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Patricia Schlesinger ihren Posten als RBB-Chefin verloren hat. 303 000 Euro bekam die Journalistin im Jahr dafür, die Zwei-Länder-Anstalt mit ihren 3500 festen und freien Mitarbeitern zu leiten.

Der Betrag war kein Geheimnis. Die ARD veröffentlicht jedes Jahr die Intendantengehälter. Doch erst als im Sommer ein hoch dotierter Beratervertrag von Schlesingers Ehemann mit der Messe Berlin ans Licht kam, an dessen Vermittlung der RBB-Verwaltungsratschef beteiligt gewesen sein soll, rückten die 303 000 Euro ins öffentliche Interesse – und damit die Frage, was ein angemessenes Gehalt ist.

Das von Patricia Schlesinger, so die allgemeine Stimmung, war es nicht.

Berlin war traditionell eine eher egalitäre Stadt, mit seinem großen Beamtenapparat in Ost und West. Doch in den letzten Jahren hat sich auch hier die Schere zwischen Spitzen- und Geringverdienern geöffnet. In der Corona-Pandemie fiel ein Licht auf das Missverhältnis, weil auf einmal alle auf Menschen der unteren Ein-

kommensklassen angewiesen waren: auf die Kassiererinnen und Krankenpflegerinnen. Doch am Gehaltsgefüge änderte sich seitdem nichts.

Das die große Gerechtigkeitsdebatte über Arbeitseinkommen ausblieb, liegt auch daran, dass Gehalt in Deutschland ein Tabuthema ist. Die meisten wissen es nicht mal von ihren engsten Kollegen. Dabei müsste sich die Gesellschaft gerade jetzt darüber verständigen, was sie für angemessen hält, da die Lasten der Inflation verteilt werden müssen.

Als der Tagesspiegel Berlinerinnen und Berliner bat, über ihr Gehalt zu sprechen, stieß das auf unerwartet große Resonanz. Unter anderem eine Modedesignerin, eine Pizzabotin, ein Kameramann des RBB und eine Ordensschwester machten für uns einen Kassensturz und berichteten, was ihnen Arbeit und Geld bedeuten.

Doch in den höheren Gehaltsklassen erlebten wir die notorische Scheu, selbst wenn die Einkommen bekannt und nicht übermäßig sind. Franziska Giffey und ihre Stellvertreterin Bettina Jarasch wollten kein Interview zum Thema geben. Berlins Regierungschefin stehen nach der Besoldungstabelle 206 780 Euro im Jahr zu.

Die Spitzenverdiener der Stadt sitzen aber woanders: in den Vorstandsetagen. Da ist Dominik Richter von HelloFresh, der vergangenes Jahr 4,583 Millionen Euro verdient hat, und Niklas Östberg von Delivery Hero, der 4,375 Millionen bekam. „Im Vergleich mit anderen deutschen Unternehmen sind die Gehälter der Berliner Vorstandsvorsitzenden eher großzügig bemessen“, sagt der Münchner Management-Professor Gunther Friedl.

Die Ausnahme ist Zalando, dessen Chefs im Jahr 2021 jeweils 78 000 Euro verdienten. „Man muss fairerweise sagen: Das sind die Gründer, die große Aktienanteile haben“, sagt Friedl. Seit Jahren wertet er mit seinen Doktoranden die Geschäftsberichte von Dax- und MDax-Unternehmen nach den Vorstandsbezügen aus. „Wir wollen die Diskussion um die Vorstandsgehälter ein bisschen versachlichen, indem wir Transparenz schaffen.“

Um Transparenz geht es auch dem Arbeitgeberbewertungsportal Kununu, auf dem Angestellte anonym ihr Gehalt posten können. Ziel ist, dass sich Nutzer besser für Gehaltsverhandlungen wappnen können. Am lukrativsten ist es demnach, Partner in einer Kanzlei zu sein, gefolgt von einem Chefarztposten. Am Schluss

## Am besten und am schlechtesten bezahlte Jobs in Berlin

nach durchschnittlichem Bruttogehalt in Euro

Jobtitel	Bruttogehalt (Euro)
Partner Anwaltskanzlei	140 900
Chefarzt	139 003
Finanzvorstand (CFO)	130 518
Technikvorstand (CTO)	104 428
Leitender Ingenieur	94 474
Leiter Forschung/Entwicklung	93 424
Leiter Kundenbetreuung	93 212
Leiter Produktmanagement	92 949
Leiter Geschäftsentwicklung	90 710
Betriebsdirektor (COO)	89 813

## Die „schlechtesten“ 10

Gebäudereinigung	25 659
Fahrer	25 610
Kassierer	25 220
Haushaltskraft	25 013
Friseur	24 915
Callcenter-Mitarbeiter	24 566
Küchenhilfe	24 206
Florist	24 043
Lieferant	23 733
Verkäufer Bäckerei/Konditorei	23 302

Alle Gehaltsangaben seit dem 1.1.2021 (77.000 Datenpunkte). Untersucht wurden Jobs mit mindestens 20 Gehaltsangaben. Quelle: Arbeitgeberbewertungs-Portal Kununu Tsp/Bartel

liegen Bäckereiverkäufer mit 23 302 Euro jährlich, was etwa der Hälfte des Berliner Durchschnittsgehaltes entspricht.

41 082 Euro verdienten Berlins Angestellte und Arbeiter laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2021 im Schnitt. Seit 2014 sind die Gehälter jährlich zwischen drei und 4,5 Prozent gestiegen, die Inflationsrate bleibt da unberücksichtigt. Selbst im Corona-Jahr 2020 wuchsen die Einkommen um 2,3 Prozent. Damit liegt Berlin hinter Hamburg und Hessen bundesweit auf Platz drei.

Doch es gibt Unterschiede in der Stadt: Männer haben Ende 2021 laut Bundesanstalt für Arbeit monatlich 91 Euro mehr als Frauen verdient. Und in Pankow und Mitte hat ein Haushalt ein fast doppelt so hohes Einkommen zur Verfügung wie in Spandau, das beim Bezirksranking hinten liegt. So ist es wohl zu erklären, dass nur 60 Prozent der Berliner mit ihrem Gehalt zufrieden sind, wie Kununu errechnet hat. Damit belegt Berlin deutschlandweit nur den 15. Platz.

Den konsequentesten Weg hat das Start-up Einhorn gewählt, damit seine Mitarbeiter nicht mit ihrem Verdienst hadern. Sie dürfen ihn selbst bestimmen. Nachdem sie anfangs entsprechend ihren

Bedürfnissen und ihrem Gerechtigkeitsempfinden eine Summe nennen konnten, gibt es mittlerweile ein Regelwerk. Die völlige Freiheit sei verunsichernd gewesen, sagt Markus Wörner, der der Gehaltskommission der Firma angehört, die fair produzierte Kondome, Tampons und Binden vertreibt. „Das Thema Gehalt ist mit vielen Ängsten verbunden, da steckt so viel Wertschätzung drin.“

Fragt ein Einhorn-Mitarbeiter nach einer Gehaltserhöhung, ermittelt die Kommission einen Basiswert, der sich aus Lebensumständen, Berufserfahrung und Verantwortung in der Firma ableitet. Mit jedem Gehaltsgespräch ist eine Feedbackrunde mit allen Mitarbeitern verbunden. Dort kann der Angestellte den Wert um 2000 Euro nach oben und nach unten korrigieren.

Auch Patricia Schlesinger strebte im Juli, nachdem Essenseinladungen auf Senderkosten bekannt geworden waren, erneut ein Gehaltsgespräch an. „Ich habe der amtierenden Verwaltungsratsvorsitzenden angeboten, dass wir in dem Gremium mein Gehalt noch einmal besprechen“, sagte sie im Interview mit dem Tagesspiegel. Die Idee, das eigene Einkommen runterzuhandeln, ist außergewöhnlich. Doch dazu kam es nicht mehr.



## „Ich kann sehr gut leben“

Als Abgeordneter betragen meine Diäten, die ich versteuern muss und die dazu beitragen sollen, dass ich frei von wirtschaftlichen Zwängen agieren kann, monatlich 6657 Euro. Dafür arbeite ich in einer normalen Woche 70 Stunden. Umgerechnet wäre das ein Bruttostundenlohn von 24 Euro, in brisanten Phasen wie Haushaltsverhandlungen, in denen ich mehr arbeite, wesentlich weniger.

Nach Steuern und Versicherungsbeiträgen – allein bei der Krankenversicherung sind das 1000 Euro – bleiben mir monatlich 3000 bis 3500 Euro. Davon überweise ich 650 Euro an meine Partei. Diese Vereinbarung betrifft alle SPD-Mitglieder im Abgeordnetenhaus. Bleiben mir also grob gerechnet 2400 bis 2830 Euro monatlich, die ich für mein Privatleben zur Verfügung habe.

Mit dem Einkommen kann ich aktuell sehr gut leben, da ich für mich und meine Familie schon eine Wohnung gefunden habe. Wenn ich jetzt in Friedenau eine Altbauwohnung mit 100 Quadratmetern suchen würde, ginge wohl fast mein ganzes Nettogehalt drauf. Aber ich will mich nicht beklagen. Wir Abgeordneten gehören beim Einkommen in Berlin zu den oberen 25 Prozent. In mein Büro kommen seit diesem Jahr immer mehr Menschen aus der Mittelschicht, die Angst haben, dass sie ihre nächste Energiekostenabrechnung nicht begleichen können. Das treibt auch mich um. Ich fürchte, den großen Einbruch wird es bei der nächsten Heizkostenabrech-

nung im Herbst geben. Die Bundesregierung wird hoffentlich noch eine Erweiterung des dritten Entlastungspakets für Menschen aus der Unter- und Mittelschicht beschließen.

Mir bedeutet Geld nicht viel. Den Job als Politiker mache ich aus ideellen Gründen. Ich habe keine pompösen Ausgaben, beispielsweise koche ich viel lieber zu Hause, als dass ich ins Restaurant gehe. Mein größter Luxus war ein Cluburlaub in der Türkei für 4000 Euro mit meiner dreiköpfigen Familie. Und im Gegensatz zu vielen anderen Berlinern werde ich auch im nächsten Sommer in den Urlaub fahren können. Dieses Privileg ist mir bewusst, doch auch ich habe angefangen zu rechnen, was ich mir künftig bei weiter steigenden Energiepreisen noch leisten kann. Wie viele Menschen, die in eher ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen sind, leide ich unter einem Sicherheitskomplex. Ich lege lieber einen Euro zu viel als zu wenig zur Seite. Aufgewachsen bin ich im Schöneberger Paskiez. Als Kind trug ich Fußballschuhe, die drei Num-

mern zu groß waren, mit dicken Socken, damit meine Mutter nicht jede Saison ein neues Paar kaufen musste. Wir haben einander im Kiez umso mehr unterstützt. Wenn meine Mutter nicht zu Hause war, durfte ich bei den Nachbarn mitessen. Die Türen standen immer offen.

Wie jetzt in meinem Wahlkreisbüro, in dem mir viele Menschen aus der Nachbarschaft von steigenden Mieten und anderen existenziellen Sorgen berichten. Restaurantbetreiber etwa, die mit Gas kochen und nicht wissen, ob ihr Geschäft noch rentabel sein wird. Andere sind schon beunruhigt, dass der Döner um die Ecke statt 4,50 jetzt 6,50 Euro kostet.

Für mein Abgeordnetenbüro bekomme ich zusätzlich zu den Diäten eine steuerfreie Pauschale von monatlich 2779 Euro. Für die Erstaussstattung, also Möbel und EDV-Zubehör, gab es einmalig 6500 Euro. Zusätzlich werden mir 1,5 Stellen für Mitarbeiter über das Abgeordnetenhaus finanziert. Doch bei steigenden Energiepreisen muss ich auch hierfür genauer kalkulieren. Das Licht lassen meine Mitarbeiter und ich jetzt oft aus. Heizen werden wir im Winter nicht mehr auf 22 Grad, sondern weniger – und lieber einen Pullover als ein Hemd tragen. *Protokoll: Saara von Alten*

**Orkan Özdemir** sitzt für die SPD im Berliner Abgeordnetenhaus. In einer normalen Woche arbeite er 70 Stunden, sagt der 39-Jährige.

**6657 Euro** Bruttogehalt

## „Das Bonus-System des RBB ist ein Skandal“

Ich bin freier Kameramann beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Frei ist relativ, ich arbeite zu 98 Prozent für den RBB, für alle Sendungen und Formate, von Reportagen bis zu Nachrichtenbeiträgen. Mein Tagessatz beträgt in der Regel 297 Euro für acht Stunden und 320 Euro für zehn Stunden. Bei zehn Tagen im Monat, die mir der Sender eigentlich zusichert, zuzüglich eines Urlaubsgeldes von 4400 Euro, käme ich damit normalerweise auf ein Bruttogehalt von rund 42 400 Euro.

Damit käme ich gut zurecht, da ich einen alten Mietvertrag habe. Ich kann keine großen Sprünge machen und muss auch noch ein Kind ernähren, aber für einen Teilzeitjob ist das ein vernünftiges Honorar. Die Realität sieht leider anders aus, da der Sender mir in manchen Monaten nur vier bis sechs Schichten anbietet, was eigentlich aufgrund langer Tarifverhandlungen anders sein sollte.

Seit 2018 gibt es für fest-freie Kameraleute oder Tonassistenten wie mich einen Bestandsschutz-Tarifvertrag. Damit hat der Sender verhindert, dass sich zahlreiche freie Mitarbeiter auf eine feste Stelle einklagen. Dieser Bestandsschutz besagt, dass ich maximal 119 Tage im Jahr für den RBB tätig sein darf und der Sender mir diese Anzahl an Arbeitstagen auch garantiert. Arbeite ich weniger, steht mir eine Ausgleichszahlung von 75 Prozent der fehlenden Summe zu. Doch diese Ausgleichszahlung kann ich immer erst zum Quartalsende beantragen, und es dauert, bis das Geld überwiesen wird. Manchmal kommt die Zahlung erst so ungünstig im nächsten Jahr, dass sie mir von der Steuer sofort abgezogen wird.

Von uns Kameraleuten wird eine große Flexibilität erwartet. Das ist bis zu einem gewissen Grad in Ordnung. Auch ich genieße es, viele Freiheiten

zu haben. Dadurch, dass Redaktionen so viel sparen müssen, erfolgen Aufträge aber immer spontaner. Manchmal werde ich einen Abend vorher gefragt, ob ich am nächsten Tag einspringen kann. Für mich als Alleinerziehenden ist das oft nicht möglich, da ich für mein Kind eine Nachmittagsbetreuung organisieren muss. Werde ich drei Tage vorher gefragt, ist das planbar. Am liebsten möchte ich aber wie die Festangestellten drei Wochen im Voraus meinen Dienstplan erfahren.

Ich bin Ende 50. Viel mehr als zehn Tage im Monat möchte ich nicht arbeiten, da das Tragen einer acht Kilo schweren Kamera körperlich anstrengend ist. Für meine Rente rechne ich mit etwas mehr als 1000 Euro im Monat. Ich gehe davon aus, dass ich noch darüber hinaus arbeiten werde, weil das nicht reichen wird.

Bei der Schlesinger-Affäre ist für mich der größte Skandal, dass es ein Bonus-system gab, durch das Sparmaßnahmen an uns Mitarbeitern honoriert wurden. Oft wurde aber kein Geld gesparrt. Ausgleichszahlungen an mich und meine Kollegen sind auch kein sinnvoller Gebühreneinsatz. Dann die unsäglichen Summen für Büroausbauten. Wenn ich daran denke, kriege ich einen dicken Hals.

Bei uns in der Technik fehlt es manchmal an Kabeln, die nur 16 Euro kosten. Wir arbeiten mit sehr alten Kameras, und auf Tonassistenten wird mittlerweile oft ganz verzichtet. Ich muss also zwei Jobs gleichzeitig machen, bekomme dafür aber nur minimal mehr Geld. Auch aus Sicht des Gebühreneinzahlers finde ich es eine Frechheit, das oft auch unscharfe und verwackelte Bilder gesendet werden, die ein Journalist gemacht hat, der dafür nur minimal angelohnt wurde. Manchmal fragt mich meine Tochter: Warum ist das Bild so komisch abgeschnitten? Das ist einfach nur peinlich. *Protokoll: Saara von Alten*

**Michael Reuter** heißt eigentlich anders und arbeitet als Kameramann für den RBB. Ihn ärgert, wie der Sender freie Mitarbeiter behandelt.

**3170 Euro** Bruttogehalt



Jan Gehling (r.) fing vor gut 20 Jahren während seines Zivildienstes an, für seinen jetzigen Chef Christian Stein zu arbeiten. Foto: Kseniia Apresian

## „Für meinen Beruf sieht es richtig schlecht aus“

Ich habe kürzlich mein 20-jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Als Zivi habe ich bei meinem Chef angefangen – der damals noch nicht mein Chef war. Er hat spinale Muskelatrophie, also Muskelschwund, und braucht 24-Stunden-Betreuung: Pflege, Haushalt, Einkaufen. Nachts zwei bis sieben Mal aufstehen, um ihn im Bett umzudrehen. Er kann sich so gut wie gar nicht bewegen. Er arbeitet von zu Hause aus, eine Computermaschine kann er bewegen. Neben mir hat er sechs weitere Kollegen angestellt.

Man spricht vom Arbeitgebermodell. Das wurde in den 80ern eingeführt, um Behinderten ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Es spart Verwaltungskosten. Der Nachteil ist, dass die Tarifverträge, nach denen persönliche Assistenten bezahlt werden, die bei Berliner Pflegediensten arbeiten, für uns nicht gelten. Ich kann nicht genau sagen, wie viele Wochenstunden ich arbeite und wie viel ich verdiene, denn es variiert stark. Ich habe so ungefähr eine 70-Prozent-Stelle. Nicht selten wird mir dafür so was wie 1700 Euro überwiesen. Darin sind Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste enthalten. Wir wechseln uns in Zwölf-Stunden-Schichten ab: von acht bis acht. Wenn meinem Chef ein Finger von der Maus rutscht, muss ihn jemand wieder drauf tun. Die Schwierigkeit ist, dass das Team groß genug sein muss, damit die Betreuung sichergestellt ist, auch wenn einer im

Urlaub ist und zwei krank. Das heißt, eigentlich gibt es einen Teilzeit-Zwang. Ich bin Architekt. Während des Studiums habe ich weiter bei meinem Chef Schichten gemacht. Danach habe ich eine Weile in Büros gearbeitet, nie Vollzeit. Damals war die Jobsituation für Architekten nicht gut. Zahlungsmäßig war es mit der Persönlichen Assistenz vergleichbar, nur dass man 40 Stunden am Computer oder in irgendwelchen Meetings sitzt. Meine jetzige Tätigkeit fühlt sich oft gar nicht wie Arbeit an, weil der Umgang etwas Privates hat, das gefällt mir. Durch die Nachtschichten habe ich tagsüber oft frei. Das ist gut, wenn man wie ich zwei kleine Kinder hat.

Mit dem Geld komme ich über die Runden. Das liegt auch daran, dass ich mir keine Super-Luxus-Sachen kaufe. Verreist sind wir zum Beispiel in diesem Jahr mit dem Neun-Euro-Ticket, nach Hiddensee. Wir haben eine billige Wohnung: 800 Euro warm für 70 Quadratmeter im Schillerkiez. Ich baue gerade mit einer Genossenschaft ein Haus in Schöneberg. Da kann ich meine Ausbildung zum Architekten gut gebrauchen. Im neuen Haus ist das Nutzungsent-

gelt, wie es bei Genossenschaften heißt, doppelt so hoch. Das werden wir auch hinbekommen. Meine Frau arbeitet als Architektin.

Dass ich so schlecht bezahlt werde, rührt daher, dass es keine Ausbildung zum Persönlichen Assistenten gibt. Das ist irgendwie auch verständlich, denn bei den Menschen mit ihren verschiedensten Deformationen muss man immer alles anders machen.

Mit der Zeit wird man jedoch in dem Beruf immer besser. Nur schlägt sich das nicht im Lohn nieder, weil man offiziell unausgebildet ist.

Wir haben uns der Gewerkschaft angeschlossen und einen Tarifvertrag mit unseren Arbeitgebern ausgehandelt. Jetzt wären wir den Kollegen bei den Pflegediensten gleichgestellt. Für uns hieß das: 200 Euro mehr. Doch noch stellt sich die Senatsverwaltung für Finanzen quer, die es finanzieren müsste.

Ob ich eine Rente bekomme, ist unklar. Dabei zahle ich seit 20 Jahren ein. Möglich, dass meine Ansprüche nicht über die Grundsicherung hinausgehen. Ich bin Optimist, doch für meinen Beruf muss ich sagen: Es sieht richtig schlecht aus. *Protokoll: Barbara Nolte*

**Jan Gehling** ist Assistent von Christian Stein, der Muskelschwund hat. Die finanzielle Last kann er nur mit seiner Frau schultern.

**2300 Euro** Bruttogehalt

## „Zum 25. Geburtstag habe ich eine Million geerbt“

Ich habe zum 25. Geburtstag ein Aktiendepot über eine Million Euro geerbt. Mein Großvater, der Banker war, hat es für mich angelegt. Zuerst war ich total überwältigt. Ich habe lange überlegt, was der unerwartete Reichtum für mich bedeutet. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass sich für meine unmittelbare Lebensplanung erst mal nichts ändert. Ich bin Kunsthistoriker und arbeite zurzeit noch in Teilzeit für 1400 Euro brutto in einem Kunstbuch-Verlag. Von meinem Erbe bezuschusse ich mich selbst monatlich mit 1000 Euro. Doch ich habe gekündigt, um meine Promotion anzugehen. Ich wohne in einer WG für 400 Euro warm und fahre Rad und BVG. Aus großen Besitztümern mache ich mir nichts.

Gegen Erben ist an sich nichts einzuwenden, finde ich, solange es in Maßen passiert. Doch in Deutschland häufen manche auf diese Weise krasse Vermögen an, und andere haben gar nichts. Ein Freund erzählte mir, dass er nach Abzug seiner Festkosten 150 Euro im Monat übrig habe. Da ist mir noch mal bewusst geworden, wie begünstigt ich bin. Deshalb habe ich mich entschlossen, mich bei „taxmenow“ zu engagieren. Das ist eine Gruppe von Vermögenden, die sich für eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und Erbe einsetzt.

Dass ich hier unter falschem Namen berichte, liegt daran, dass selbst mein allererstes Umfeld nichts von mei-

nem Vermögen weiß. Ich habe zwar einen sehr guten Freundeskreis, und doch habe ich die diffuse Befürchtung, dass mein Erbe manche Beziehungen irgendwie verändern könnte.

Die erste, vergleichsweise überschaubare Tranche des Erbes meines Großvaters bekam ich mit 18: ein Aktienportfolio über 20000 Euro. Seine Überlegung war, dass ich mit einem vergleichsweise kleineren Betrag erste Erfahrungen mache. Ich hatte damals einen 450-Euro-Studenten-Job. Das Geld auf meinem Depot hat sich viel schneller vermehrt, als ich das mit meinem Job hätte erarbeiten können. Das fand ich faszinierend. Gleichzeitig war mir schon bewusst, wie ungerecht dieses Missverhältnis ist. Letztens habe ich gelesen, dass man innerhalb von fünf Generationen ein Vermögen von zehn Millionen zu einem von 60 Millionen machen kann. Das lässt sich mit Einkommen in keiner Weise einholen.

Mein Großvater ist tot. Aber mit meinen Eltern habe ich über mein Engagement bei „taxmenow“ gesprochen. Meine Mutter ist dem nicht prinzipiell abgeneigt. Mein Vater war erst sehr

skeptisch. Er hat die ganzen Argumente genannt, die man immer hört, obwohl sie sich durch Fakten entkräften lassen: Vermögen sei hart erarbeitet, und es gefährde Unternehmen, wenn man Erbschaften höher besteuert. Tatsächlich sind wirklich hohe Vermögen in den allermeisten Fällen geerbt. Und bei der Besteuerung von Betriebsvermögen kann man es so gestalten, dass Unternehmens-Erbinnen einen gerechten Beitrag leisten müssen, ohne dass dafür das Unternehmen verkauft werden muss. Auch der Erwand meines Vaters, dass man das Geld spenden könne, wirft die Frage auf, ob wir die Lösung wichtiger gesellschaftlicher Probleme von der freiwilligen Spendenbereitschaft von Vermögenden abhängig machen wollen.

Dass ausgerechnet mein Vater derjenige ist, der das geltende Erbschaftsteuerrecht verteidigt hat, ist erstaunlich, denn er hat in der Familie am wenigsten Geld, weil das Erbe aus der Familie meiner Mutter kommt. Ich bin mit Mitte 20 vielfach so reich wie er, obwohl er ein gut verdienender Beamter ist. Das ist total absurd! *Protokoll: Barbara Nolte*

**Nils Schlütter** will nicht, dass sein Umfeld von seinem Reichtum erfährt. Der 26-jährige Buchverlags-Mitarbeiter berichtet unter Pseudonym.

**1400 Euro** Bruttogehalt

## „Meine Töchter und ich waren noch nie im Urlaub“

Seit Anfang September wird mein monatliches Einkommen nicht mehr vom Amt aufgestockt. Ich bringe mich und meine Töchter derzeit allein durch. Damit das einigermaßen klappt, habe ich zwei Jobs. Von 7 bis 14 Uhr arbeite ich als Lackiererin, 33,5 Stunden die Woche. An zwei Abenden fahre ich Pizza aus. Mindestens ein halbes Jahr lang wollen wir probieren, ob das funktioniert. Der erste Job bringt mir 2100 Euro brutto, der zweite 450. Dazu kommt der Unterhalt, den die Väter zahlen – und anteilig das Kindergeld für die beiden. Meine Älteste wird bald 17, sie wohnt jetzt bei ihrem Vater.

Das meiste Geld geht natürlich für die Miete drauf. Wir bezahlen 820 Euro für unsere kleine Vier-Raum-Wohnung, Nebenkosten eingeschlossen. Wie wir das alles wuppen werden, wenn der Winter kommt, vor dem schon alle zittern – mal schauen. Ab dem kommenden Monat werden wir drei einen detaillierten Budgetplan führen. Unser Budgetplaner besteht aus Fächern und Umschlägen, in denen Bargeld verwahrt wird. Wir haben zum Beispiel einen für Taschengeld, meine Töchter bekommen je 15 Euro pro Woche, einen für Versicherungen und einen für Weihnachten.

50 Euro bunkern wir für Reparaturen, 20 Euro für unsere Haustiere. Pro Woche veranschlage ich 120 Euro für Essen. Früher habe ich Geld für Benzin mit einberechnet, mittlerweile ist das ein großer eigener Posten.

Auch für meine älteste Tochter versuche ich etwas zurückzulegen. Das alles summiert sich, sodass zurzeit am Ende des Monats nicht viel übrig bleibt, was wir sparen könnten.

Meine Töchter wachsen mit dem Verständnis auf, dass Geld nicht vom Himmel fällt, sondern verdient werden will. Das ist mir wichtig. Ich bin stolz, dass ich gerade keine Hilfe mehr vom Jobcenter brauche – aber andererseits macht das natürlich auch vieles schwerer. Die Handys meiner Kinder waren der letzte Wunsch, der für mich schwer zu erfüllen ist. Sie haben welche, ja, aber nicht die, die sie gern hätten. Auch bestimmte Klamotten, die gerade „in“ sind, kann ich ihnen nicht unbedingt kaufen. Andererseits versuche ich, auch nicht alles zu versagen. Manchmal muss man seinen Bedürfnissen nachgeben. Die beiden trinken so gern Bubble Tea, einer kostet vier Euro 50. Aber das muss dann eben manchmal sein.

Die beiden besuchen keine Vereine, denn Mitgliedsbeitrag mal zwei kann ich mir nicht leisten. Wir waren noch nie im Urlaub, dabei möchten die zwei so gern mal ans Meer. Erst mal steht aber die nächste Klassenfahrt an, Kosten 300 Euro aufwärts. Meine beste Investition in den vergangenen Jahren waren ein Gefrierschrank und ein Vakuumierer. Sehe ich Fleisch im Angebot, kaufe ich große Mengen und friere sie portionsweise ein. Mein größter Wunsch: einmal richtig Pause von meinem Leben, zusammen mit den Kindern, bezahlt. *Protokoll: Katja Demirci*

**Alexandra D.** ist 34 Jahre alt und alleinerziehende Mutter von drei Töchtern. Sie arbeitet gerade in zwei Jobs: als Lackiererin und Pizzabotin.

**2550 Euro** Bruttogehalt

## „Ich habe ein Armutsgelübde abgelegt“

Ich bekomme kein Gehalt. Wenn ich ein Paar Schuhe brauche, gehe ich zur Oberin und bitte darum. Wenn ich sie wirklich brauche, bekomme ich sie auch. Ich habe in meiner Ordensgemeinschaft das Gelübde abgelegt, in Armut zu leben.

Seit vielen Jahren arbeite ich in der Kerzenwerkstatt des Klosters Regina Martyrum am Heckerdamm. Ich verziere Rohlinge, die wir von einer Behindertenwerkstatt beziehen, zum Beispiel zu Tauf- oder Kommunionskerzen.

Die Arbeit macht mir große Freude. Manchmal wünschen sich die Kunden bestimmte Motive, manchmal kann ich selbst kreativ werden. Wir beliefern auch die Pfarreien mit den großen Osterkerzen. Die kleineren verkaufen wir in unserem Klosterladen. Ich mache die Preise. Wenn ich einen Stundenlohn, der der Handarbeit entsprechen würde, auf die Kosten für die Rohlinge draufschlagen würde, würden die Kerzen unbezahlbar. Ich frage also andersherum: Was kann man den Kunden zumuten? So komme

ich zum Beispiel auf 20 bzw. 27 Euro pro verzierte Taufkerze, je nach Qualität.

Die Kerzenwerkstatt ist mit dem Klosterladen und unserem Gästehaus eine der Haupteinnahmequellen unseres Klosters. Wir sind autonom, müssen für uns selbst sorgen. Auch wir spüren natürlich die steigenden Preise. Doch noch kommen wir zurecht.

Unser Lebensstil ist ohnehin einfach. Wobei wir bei Festen schon mal ein Glas Wein trinken.

Feste Arbeitszeiten gibt es nicht. Unser Tag ist ein Wechselspiel zwischen Arbeit und Gebet. Morgens um sieben beginnt er mit einem gemeinsamen Gebet. Anschließend frühstücken wir schweigend. Danach bete ich in meiner Zelle. Darin stehen ein Bett, ein Tisch, ein Bücherregal, ein Waschbecken, eine Kommode und ein Kleiderhaken. Ich brauche ja keinen Kleiderschrank.

Gegen zehn Uhr fange ich in der Kerzenwerkstatt an. Beim Mittagessen gibt es eine Tischlesung mit Zeitungsartikeln oder geistlichen Texten. Nach kurzer Frei-

**Schwester Mirjam** überlegte lange, bevor sie mit 26 Jahren ihren Beruf als Lehrerin aufgab und dem Orden der Karmelitinnen beitrug.

**0 Euro** Monatsgehalt



Der simple Lebensstil berge Reichtum, sagt Schwester Mirjam. Nur manchmal hege sie Wünsche, die Geld kosten. Zum Beispiel Konzertkarten. Foto: Kseniia Apresian

zeit und einem weiteren Gebet gehe ich nachmittags in unseren Klosterladen.

Erst beim Abendessen unterhalten wir uns über Alltägliches. Anschließend schauen wir oft die „Tagesschau“. Unser Hauptauftrag ist das Gebet für die Menschen. Da ist es wichtig, sich zu informieren, was in der Welt passiert.

Wir sind zu acht hier im Kloster, doch wir hätten Platz für mehr. Es gibt junge Frauen, die sich interessieren. Aber es ist ein großer Schritt, sich fürs Leben zu binden. Ich war Lehrerin und habe lange überlegt, bis ich mit 26 Jahren dem Orden der Karmelitinnen beitrug. Ich habe es nie bereut.

Natürlich habe ich mitunter Wünsche, die man nur mit Geld erfüllen kann: Wenn ich in der Zeitung über Ausstellungen oder Konzerte lese, würde ich manchmal gerne hingehen. Aber ich habe mich eben für eine andere Lebensform entschieden. Eine Mutter mit kleinen Kindern kann auch nicht in jedes Konzert gehen, das sie gerne hören würde.

Im einfachen Lebensstil liegt ein großer Reichtum: durch das Leben mit Gott, eine gute Gemeinschaft, Beziehungen und Freundschaften zu Menschen, die zu uns kommen, uns ihre Sorgen anvertrauen und mit uns Gottesdienst feiern. Damit werde ich beschenkt. *Protokoll: Barbara Nolte*